Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt

für den Amtsbezirk

des
evangelisch-lutherischen Konsistoriums
in Kiel.

Stück 12.

Kiel, den 17. September

1923.

Inhalt: 113. Gesetz über die Besteuerung der Betriebe. — 114. Ausnutzung des kirchlichen Grundvermögens. — 115. Abschlagszahlungen auf die Ruhestands- und Hinterbliebenenzuschüsse. — 116. Mindestsätze bei Stellenzulagen. — 117. Hypothekenauszahlungen. — 118. Auslösung von Rentenbriefen. — 119. Gebührenordnung nach Roggenwertung. — 120. Gedenkfeier des 400 jährigen Bestehens des evangelischen Kirchenliedes. — 121. Weitere Abschlagszahlung auf die Ruhestands- usw. Bezüge. — 122. Zinserträge kleiner Stiftungen. — 123. Studienbeihilfen an Theologiestudierende. — 124. Kirchensammlung für die Msterdorfer Anstalten. — 125. Überweisung von Geldbeträgen. — 126. Ermittlung des Reichseinkommensteuerfolles für 1922. — Personalien. — Erledigte Pfarrstelle.

Nr. 113. Gesetz über die Besteuerung der Betriebe. Vom 11. August 1923.
Reichsgesetzblatt Teil I, Seite 769.

Kiel, den 7. September 1923.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

Artikel I.

Das Reich erhebt auf die Dauer von sechs Monaten eine Abgabe

1. von den industriellen, gewerblichen und Handelsbetrieben nach Maßgabe des Artikels II,
2. von Betrieben, die dauernd landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen, nach Maßgabe des Artikels III.

Artikel II.

Abgabe der industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe.

§ 2.

Von der Abgabe sind befreit

1. öffentliche Körperschaften,

2. inländische Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach der Satzung, Stiftung oder sonstigen Verfassung ausschließlich gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen.

Artikel III.

Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe.

§ 1.

Abgabepflichtig im Sinne des Artikels I Nr. 2 ist der Eigentümer des Grundstücks. Übt der Eigentümer den Betrieb nicht selbst aus, so ist die Abgabe von dem Eigentümer und dem, der den Betrieb ausübt, je zur Hälfte zu entrichten.

§ 2.

Auf die Befreiung von der Abgabe finden die Vorschriften des Artikels II § 2 entsprechende Anwendung.

§ 3.

Die Abgabe beträgt für je zweitausend Mark Wehrbeitragswert eine und eine halbe Mark monatlich.

Wehrbeitragswert ist der Wert, der auf Grund des Wehrbeitragsgesetzes oder des Gesetzes über Steuernachfrist für das Grundstück ohne Abzug von Schulden und Lasten endgültig zugrunde gelegt worden ist oder, wenn eine Veranlagung zum Wehrbeitrage nicht stattgefunden hat, zugrunde zu legen gewesen wäre.

Nach diesem Gesetz (Reichsgesetzblatt Nr. 71, Seite 769) sind die Kirchengemeinden, soweit sie Eigentümer von Grundstücken sind, die verpachtet sind, für die auf sie entfallende Hälfte der Landabgabe abgabefrei, während der Pächter die auf ihn entfallende Hälfte zu entrichten hat. Soweit Kirchengemeinden oder Stelleninhaber kirchliche Grundstücke selbst nutzen, sind sie von der Abgabe ganz befreit.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

In Vertretung:

Simonis.

Nr. VI. 2718.

Nr. 114. Ausnutzung des kirchlichen Grundvermögens.

Kiel, den 31. August 1923.

Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, wie notwendig bei der dauernd steigenden Schwierigkeit der Beschaffung der für die Kirche, besonders für die Pfarrbesoldung, nötigen Mittel die restlose Ausnutzung des örtlichen Pfarrvermögens ist. Obwohl nun nicht uns, sondern den

Synodalausschüssen in erster Linie die Aufsicht über die Verpachtung der kirchlichen Grundstücke obliegt, so haben wir doch bei den immer zahlreicher werdenden Fällen, die uns von den Synodalausschüssen vorgelegt werden, vielfach wahrgenommen, daß die Kirchenvorstände, welche als die gesetzlichen Verwalter des örtlichen Kirchenvermögens für dessen volle Ausnutzung die Verantwortung tragen, sich nicht selten von Rücksichten leiten lassen, die der Sache abträglich sind. Die Kirchenvorstände haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, alle zur Erzielung voller Erträge aus dem Kirchenvermögen dienenden Maßnahmen mit Entschiedenheit und Energie zu ergreifen; sie dürfen sich nicht von Stimmungen und von Rücksichten auf einzelne Gemeindeglieder, die als Pächter kirchlicher Vermögensstücke in Frage kommen, irgendwie beeinflussen lassen. Das verbietet nicht allein das finanzielle Interesse der Kirche, sondern es muß auch vom sittlichen Standpunkte aus als ungerechtfertigt erscheinen, daß einzelne Gemeindeglieder sich durch billige Pachten auf Kosten der kirchlichen Kassen bereichern und andere dafür zur Deckung des Bedarfs ungerechterweise mit höheren Steuern und Umlagen belastet werden. Schon aus diesem Grunde und mit Rücksicht auf eine gedeihliche Seelsorge in der Gemeinde, die bei Duldung derartiger Mißstände undenkbar ist, müssen die Pastoren gegen sie ihren ganzen Einfluß geltend machen. Leider hat sich ja weiter Kreise die Vorstellung bemächtigt, als seien die kirchlichen Ländereien nur noch dazu da, den Landhunger zu befriedigen, und man ist bereit, jede Weigerung, kirchliches Land dem Privatnutzen der einzelnen oder den Verbänden zu überlassen, als „unsozial“ hinzustellen. Immer wieder sind die Kirchenvorstände geneigt, sich durch solche Gedankengänge beeinflussen zu lassen, ohne zu bedenken, daß die Sicherung einer geordneten geistlichen Versorgung durch die Erhaltung der Landdotacion gewährleistet werden soll, für sie die allerwesentlichste soziale Pflicht darstellt, eine Pflicht, die sehr viel höher steht, als die Gewährung von Privatvorteilen aus dem Kirchenvermögen.

Wir stellen im folgenden die bei der Verpachtung kirchlicher Grundstücke in Betracht kommenden Bestimmungen kurz zusammen:

1. Alle Neuverpachtungen von kirchlichen Ländereien sollen allgemein in öffentlichen Terminen und ohne Ausschließung auswärtiger oder nicht zur Gemeinde gehöriger Pächter stattfinden. Besonders liegende Einzelfälle, welche eine Ausnahme begründet erscheinen lassen, sind vorher dem Synodalausschuß zur Entscheidung vorzulegen. Der Kirchenvorstand kann sich in der bisher üblichen Weise unter den drei Höchstbietenden die Auswahl vorbehalten. Verpachtungen dürfen nur noch wertbeständig (gegen Kornwerte, Butter-, Milch-, Fleischwerte, Kali-, Kohle-, Goldmarkwerte und dergl.), und zwar zu den öffentlich bekanntgegebenen Marktpreisen zur Zeit der Fälligkeitstermine, erfolgen.

2. Alle Neuverpachtungen und Abänderungen laufender Verträge unterliegen der Genehmigung des Synodalausschusses, die auch vor abschließenden Abmachungen mit den Pächtern einzuholen ist. Er darf niemals vor eine vollendete Tatsache gestellt werden und hat sich vor der Genehmigung möglichst genau über die örtlichen Verhältnisse zu unterrichten. (Voraussetzung hierbei ist, daß die Verpachtung auch über die Amtsdauer des Stelleninhabers hinaus in Kraft bleiben soll.)

3. Bei allen laufenden, noch nicht auf Naturalwerte lautenden Pachtverträgen ist unablässig die Umwandlung in Naturalwertpacht anzustreben. Solange dies noch nicht erreicht ist, ist immer wieder das Pachteinigungsamt anzurufen und immer wieder auf eine den veränderten Geldverhältnissen entsprechende Neufestsetzung hinzuwirken.

Wird eine Verständigung mit den Pächtern nicht erzielt, so ist in allen Fällen das Pachteinigungsamt sofort anzurufen mit dem Antrage auf Festsetzung einer angemessenen Naturalwertpacht. Scheitert dies am Widerstand der Pächter, so ist eine den tatsächlichen Geldverhältnissen entsprechende Geldpacht und Aufhebung des Pachtverhältnisses mit Ablauf des Wirtschaftsjahres zu beantragen. Wir weisen besonders darauf hin, daß der Widerstand der Pächter gegen eine Naturalwertpacht eine wertbeständige Pacht keineswegs ausschließt. Vielmehr kann das Pachteinigungsamt trotz Festhaltens an der Geldpacht einen gleitenden Pachtzins festsetzen, bei dem die Pachtsumme in Papiergeld nach einem ständigen Wertmesser des Geldes (Goldzollkurs, Goldgeldpreis usw.) steigt oder fällt. Hierzu verweisen wir auf einen Rechtsentscheid des preußischen Kammergerichts (Justizministerialblatt vom 9. März 1923, 85. Jahrgang Nr. 10, Seite 206), worin ausgeführt wird, daß sich die im § 3 Abs. 2 der P.Sch.O. getroffene Regelung „durchaus nicht gegen die Festsetzung eines gleitenden Pachtzinses allgemein richten sollte, sondern allein eine den Parteien aufgenötigte Natural- oder Naturalwertpacht untersagt. Läßt das Pachteinigungsamt es dagegen bei der Geldpacht und setzt es nur den jeweiligen Betrag des Pachtzinses durch Vergleichung mit einem anderen Wertmesser fest, so stehen seiner Entscheidung Rechtsgründe nicht entgegen“. Eine dementsprechende Regelung ist in allen Fällen zu beantragen, wo Naturalwertpacht nicht zu erreichen ist.

4. Die erneute Anrufung des Pachteinigungsamtes mehrmals in einem Jahre ist zulässig und überall da geboten, wo mangels genügender Verständigung mit den Pächtern eine Geldpacht nicht mehr den Verhältnissen entspricht. Die Anrufung hat noch während des laufenden Pachtjahres zu erfolgen.

5. Alle Pachtverträge müssen eine Bestimmung enthalten, wonach die Pacht entsprechend der Fälligkeit des Pfarrgehaltes vierteljährlich im voraus zu zahlen ist. Bei Naturalwertpachten ist dabei Marktort und Tag zu bestimmen, die für die Bemessung der einzelnen Pachtraten maßgebend sein sollen. Festzusetzen ist, ob die einzelnen Raten nur als Abschlagszahlungen oder als endgültige Zahlungen gelten sollen. Ist das letztere der Fall, so ist eine spätere Nachforderung unzulässig, falls die Pacht (sofern sie Geldpacht war) am Tage der Fälligkeit den Geldverhältnissen entsprach.

6. Da die Beiträge zur Landwirtschaftskammer neuerlich erhebliche Summen erfordern, so ist, soweit möglich, auszubedingen, daß diese von den Pächtern anteilmäßig übernommen werden. Für den Fall verspäteter Zahlungen der Pacht ist — unbeschadet des Rechts der Kirchengemeinde zu sofortiger Aufhebung des Pachtvertrages — auszubedingen, daß Verzugszinsen in Höhe von 2 % über dem jeweiligen Reichsbankdiskont zur Zeit der Fälligkeit zu zahlen sind.

7. Gegen Entscheidungen des Pachteinigungsamtes, die den kirchlichen Interessen nicht gerecht werden, ist Rechtsbeschwerde einzulegen, soweit solches nach § 28 der Pachtverordnung

zulässig ist. Wir verweisen auf unsere Bekanntmachung im Kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblatt 1923, Seite 36 ff.

8. Es hat sich gezeigt, daß die Kirchenvorstände in vielen Fällen mit der Hergabe weiteren kirchlichen Grundbesitzes für Kleingarten- und Kleinlandpachtungen sehr sorglos verfahren. Wegen der damit verbundenen Gefahren ist stets vorher die Genehmigung des Synodalausschusses einzuholen. Wenn dieser Bedenken hat, so ist an uns zu berichten. In allen Fällen aber, wo zwangsweise kirchliches Land hierfür beansprucht wird und eine Zwangsfestsetzung durch die untere Verwaltungsbehörde erfolgt, ist innerhalb 14 Tagen beim Regierungspräsidenten Beschwerde zu erheben und gleichzeitig an uns zu berichten. Wir verweisen auf unsere Rundverfügungen an die Synodalausschüsse über das hierbei zu befolgende Verfahren.

Noch vielfach werden für Kleingartenland ganz unzulängliche Pachten gezahlt. Wir machen darauf aufmerksam, daß auch hier stets auf Naturalwertpacht (in Kartoffeln oder dergl.) zu dringen ist, was in der letzten Zeit meistens erfolgreich geschehen ist. Nach einem Erlass des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt vom 6. März 1923 — II 1503 — haben die Kleingärtner „Pachten zu zahlen, die bei den heute ins Ungemessene gesteigerten Preisen landwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse den Werten und dem Vorteil entsprechen, die sie aus ihrem Kleingarten ziehen und die sich den Pachten für ländliche, in gleicher Lage befindliche Grundstücke möglichst (in gleicher Weise) angliedern“. Wo dieser Forderung nicht entsprochen wird und die als Kleingärten benutzten Ländereien weniger Pacht einbringen, als bei anderweiter Verpachtung mit Sicherheit zu erzielen wäre, hat der Kirchenvorstand auf eine entsprechende Erhöhung der Pachten hinzuwirken und, wenn er damit bei der unteren Verwaltungsbehörde nicht durchdringt, beschwerdeführend den Regierungspräsidenten anzurufen und gleichzeitig an uns zu berichten. Uns ist bekannt, daß in unserem Aufsichtsbezirk noch vielfach Kleingartenland zu ganz niedrigen Geldpachten verpachtet ist. Dem muß jetzt, nachdem der erwähnte Ministerialerlass vorliegt, überall ein Ende gemacht werden. Die Kleingartenpachtzinse sind überall nachzuprüfen und unter Berücksichtigung des Preisstandes der hauptsächlichsten Kleingartenerzeugnisse neu festzusetzen. Dies hat in regelmäßigen Abständen, etwa halbjährlich, immer wieder zu geschehen. (Erlass des Ministers für Volkswohlfahrt vom 18. Mai 1923.)

9. In letzter Zeit haben mehrere Fälle uns gezeigt, daß mit der Erhaltung der für die Pfarrstellen noch bestehenden Naturallieferungen häufig sehr wenig sorgfältig umgegangen wird. Jede Ablösung von Naturallieferungen hat grundsätzlich zu unterbleiben. Es ist ausnahmslos darauf zu halten, daß die Lieferungen entweder wirklich in Natur geleistet oder dafür Geldsummen gezahlt werden, die dem öffentlichen Marktpreis der Lieferung am Tage der Fälligkeit entsprechen. Vielfach ist die Leistung in Natur mit ausdrücklicher oder stillschweigender Zustimmung lediglich des Empfangsberechtigten abgekommen und an ihre Stelle eine Geldleistung getreten. In diesen Fällen besteht die rechtliche Verpflichtung zur Leistung in Natur unverändert fort, da die erforderliche aufsichtliche Genehmigung fehlt. Diese, oder Leistung in Geld nach dem Marktpreis, ist ungesäumt wieder zu

fordern. Nur wo im gesetzlich durchgeführten Ablösungsverfahren und mit unserer ausdrücklichen Genehmigung die Naturalleistung in eine Geldleistung umgewandelt ist, ist die letztere festgeworden und kann der Geldentwertung nicht mehr angepaßt werden.

10. Den Vorsitzenden der Kirchenvorstände wird hiermit die dienstliche Pflicht auferlegt, allen Maßnahmen der Kirchenvorstände, die diesen Grundsätzen über die volle Ausnutzung des kirchlichen Vermögens nicht Rechnung tragen, zu widersprechen, ihnen zunächst keine weitere Folge zu geben, sondern unverzüglich an den Vorsitzenden des Synodalausschusses zu berichten. Ebenso bei Versäumnissen des Kirchenvorstandes.

Den Synodalausschüssen machen wir es zur Pflicht, ihr Aufsichtsrecht in diesem Punkte mit Nachdruck auszuüben und die Pachtsachen fortlaufend mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen und, wo erforderlich, ungefäumt an uns zu berichten.

Wir machen besonders darauf aufmerksam — was wir in manchen einzelnen Fällen schon getan haben —, daß wir überall, wo uns Versäumnisse in der vollen Ausnutzung des Vermögens bekannt werden, mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln: Entziehung der Beihilfen und Vorschüsse zur Pfarrbesoldung, Zwangsetatistierung, gegen die Kirchengemeinde, nötigenfalls auch mit Haftbarmachung der schuldigen Kirchenvorstände oder Einzelpersonen, vorgehen werden.

Wir machen die Kirchenvorstände besonders darauf aufmerksam, daß überall da, wo noch für das laufende Jahr Pächterhöhungen notwendig sind — und das wird bei Geldpachten überall der Fall sein —, die diesbezüglichen Verhandlungen alsbald in die Wege zu leiten sind, und daß Anträge auf Festsetzung der Pacht durch das Pachteinigungsamt bei diesem rechtzeitig, d. h. vor Ablauf des Pachtjahres, zu stellen sind.

Diese Grundsätze sind den Kirchenvorständen in der nächsten Sitzung durch den Vorsitzenden zur Kenntnis zu bringen. Den Synodalausschüssen geben wir anheim, von den Kirchenvorständen Nachweisungen über die Ausnutzung der Ländereien einzufordern, aus denen die Pachtpreise, die letzte Pachtfestsetzung, die Art der Verpachtung, der Zeitpunkt des Pachtablaufs, die Pacht im Jahre 1913/14 für alle kirchlichen Grundstücke ersichtlich ist, damit sie in der Lage sind, ihrer Aufsichtspflicht mit Nachdruck zu genügen.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

In Vertretung:

D. Nordhorst.

Nr. VI. 1655.

Nr. 115. Weitere Abschlagszahlungen auf die Ruhestands- und Hinterbliebenenzuschüsse.

Kiel, den 7. September 1923.

Im Hinblick auf die Erhöhung des allgemeinen Ausgleichszuschlags auf 38,840 % haben wir die Regierungshauptkasse bzw. die zuständigen Kreiskassen unter dem heutigen Tage angewiesen,

für die Zeit vom 1.—15. September 1923 weitere Abschlagszahlungen in Höhe des 75fachen Monatsbetrages der 3. Zt. mit Wirkung vom 1. Juli 1923 ab angewiesenen Ruhestandszuschüsse (siehe Benachrichtigung vom 2. Juli 1923 — IV 1288 — Spalte 17) und Hinterbliebenenzuschüsse (siehe Benachrichtigung vom 27. Juni 1923 — IV 1289 — Spalte 7) mit größtmöglicher Beschleunigung zu leisten. Für die zweite Hälfte des Monats September ist eine weitere Abschlagszahlung zu erwarten, die gegen Ende des Monats ausgezahlt werden wird.

Eine besondere Benachrichtigung der Ruhestandsgeistlichen und Witwen erfolgt nicht. — Die Herren Geistlichen werden gebeten, die in ihren Bezirken wohnenden Emeriten und Witwen auf diese Bekanntmachung und auch besonders darauf hinzuweisen, daß eine Benachrichtigung der Bank über eingegangene Beträge nicht mehr erfolgt und daß es sich daher empfiehlt, in kürzeren Zeitabschnitten bei der Bank persönlich anzufragen.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

In Vertretung:

Simonis.

Nr. IV. 1774.

Nr. 116. Mindestsätze bei Stellenzulagen.

Kiel, den 7. September 1923.

Mit Rücksicht auf die eingetretene weitere Geldentwertung halten wir es im Einvernehmen mit der Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, für notwendig, daß, soweit die Mittel aus den Einkünften des Stellenvermögens zur Verfügung stehen, die Stellenzulagen der Inhaber vereinigter Kirchen- und Schulämter vom 1. Juli d. Js. ab auf mindestens 1,5 bzw. 2 Millionen Mark jährlich und vom 1. August d. Js. ab auf 15 bzw. 20 Millionen Mark jährlich erhöht werden.

Im übrigen verweisen wir auf unsere Bekanntmachung vom 28. Mai 1923 — Kirchl. Gef.- u. V.-Bl. S. 95 —. Die Einführung eines gleitenden Maßstabes für die Bemessung der Stellenzulagen, derentwegen wir uns mit der Regierung in Vereinbarung gesetzt haben, ist von dieser unter dem 1. d. Mtz. abgelehnt worden, weil nach der Erklärung des Kassenanwaltes der Landes- und Kirchenkasse die Stellenzulage bei einem vereinigten Schul- und Kirchenamt nach den Bestimmungen des Volksschullehrerdienstehommengesetzes nur in einem festen Geldbetrag bestehen kann. Die Regierung weist im übrigen darauf hin, daß nach Artikel I § 8 des Gesetzes über Änderung des Volksschullehrerdienstehommengesetzes vom 10. Juli 1923 (Gesetzsammlung S. 317) Änderungen des im § 16 Volksschullehrerdienstehommengesetzes vorgesehenen Stellenzulagen, die sich aus einer Verminderung der Bezüge aus der Dotation des vereinigten Schul- und Kirchenamtes — § 6 Abs. 2 und 3 des Gesetzes vom 26. Mai 1909, Gesetzsammlung S. 99, Kirchl. Gef.- u. V.-Bl. S. 104 — ergeben, jederzeit auf dem in diesem Gesetze § 6 Abs. 3 angegebenen Wege zulässig sind. Danach kann auch, falls die Kirchengemeinden jetzt etwa zur Aufbesserung der Stellenzulagen erhöhte Zu-

Zuschüsse aus allgemeinen Kirchenmitteln übernehmen, diese aber später nicht mehr bereitstellen können oder die Bereitstellung infolge veränderter Verhältnisse nicht mehr notwendig erscheint, die Stellenzulage alsdann entsprechend den verminderten Dotationsbezügen, zu denen diese Zuschüsse ebenfalls gehören, durch Beschluß der Regierung wieder herabgesetzt werden.

Wir haben endlich noch Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß Vereinbarungen zwischen Kirchengemeinden und Stelleninhabern über die Gewährung erhöhter Stellenzulagen oder über besondere Zuwendungen, mögen diese in Geld oder Naturalien bestehen, rechtsungültig sind, soweit sie nicht mit aufsichtlicher Genehmigung erfolgen.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

In Vertretung:

D. Petersen.

Nr. VI. 2658.

Nr. 117. Hypothekenauszahlungen.

Riel, den 4. September 1923.

In den letzten Jahren sind vielfach den Kirchengemeinden, die Hypothekengläubiger waren, ihre Hypotheken in Papiergeld ausgezahlt worden. Eine gesetzliche Neuregelung der Hypothekenauszahlung ist bisher nicht erfolgt, doch sind hier und da höhere Gerichte schon dazu übergegangen, die Auszahlung des Nennwerts einer Hypothek in Papier als gegen die guten Sitten streitend zu bezeichnen. Eine dahingehende höchstgerichtliche Entscheidung ist bisher nicht gefällt worden.

Vielfach bieten Hypothekenschuldner, die ihre Schuld kündigen, Beträge in Papier an, die ein Mehrfaches oder Vielfaches (z. B. Hundertfaches) des Nennwerts betragen. Werden Kirchengemeinden Hypotheken gekündigt, so wird nach dieser Richtung das Mögliche zu geschehen haben. Allein auch solche Angebote tragen der erfolgten Geldentwertung nicht Rechnung.

Eine gesetzliche Handhabe, die Annahme einer Hypothekenauszahlung aus dem Grunde, weil sie in entwertetem Gelde erfolgt, zu verweigern, besteht z. Bt. nicht.

Wir ersuchen die Angelegenheiten, die Hypothekengläubiger sind, Auszahlungen nur mit dem Vorbehalte anzunehmen und Löschungsbewilligungen nur mit der Einschränkung zu erteilen, daß für den Fall einer anderweiten gesetzlichen Regelung oder einer von der heutigen Rechtsprechung grundsätzlich abweichenden Reichsgerichtsentscheidung eine dieser Neuregelung entsprechende Nachforderung geltend gemacht werden solle, und zwar dies auch dann, wenn ein Vielfaches des Nennwerts in Papier angeboten wird.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

In Vertretung:

Simonis.

Nr. VI. 2680.

Nr. 118. Auslosung von Rentenbriefen.

Kiel, den 1. September 1923.

Wir haben bisher fortlaufend die regelmäßigen Tabellen über erfolgte Auslosung von Rentenbriefen der Provinz Schleswig-Holstein, die von der Direktion der Rentenbank in Stettin bekanntgemacht werden, im Kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblatt abdrucken lassen.

Die ungeheuer gestiegenen Druckkosten erlauben den Abdruck dieser großen Tabellen nicht mehr. Wir machen daher darauf aufmerksam, daß der Abdruck auch im Amtsblatt der Regierung in Schleswig, im Staatsanzeiger, in den Isehoer Nachrichten und in der Allgemeinen Verlosungstabelle in Grünberg in Schlesiens erfolgt. Ferner liegt ein Verzeichnis der ausgelosten Rentenbriefe bei der Kasse der Rentenbank in Stettin, Augustaplatz 5, bei der Rentenbankkasse in Berlin C. 2, Klosterstraße 76/1. und bei der preußischen Staatsbank, Berlin W. 56, Markgrafenstraße 38, zur Einsicht aus. Auch bei uns kann die Liste eingesehen werden.

Wir werden jedesmal im Kirchlichen Gesetz- und Verordnungsblatt kurz darauf hinweisen, wenn eine Auslosung schleswig-holsteinischer Rentenbriefe stattgefunden hat und müssen es dann den Kirchengemeinden und kirchlichen Instituten überlassen, auf einem der angegebenen Wege festzustellen, ob in ihrem Besitz befindliche Rentenbriefe ausgelost worden sind.

Die Synodalausschüsse ersuchen wir zu prüfen, ob dieser Weg sich als gangbar erweist. Sollte das nicht der Fall sein, so könnten wir für jede Propstei einen Abdruck der Auslosungstabellen von der Direktion der Rentenbank kommen lassen, der dann innerhalb der Propstei zirkulieren müßte. Die baren Auslagen hierfür wären dann durch die Synodalausschüsse zu decken und würden voraussichtlich nicht ganz gering sein.

Wir ersuchen die Synodalausschüsse, bis 1. Dezember zu berichten, ob das letztere Verfahren für erforderlich gehalten wird.

Am 14. August 1923 ist wiederum eine Auslosung von Rentenbriefen der Provinz Schleswig-Holstein erfolgt.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

In Vertretung:

Dr. Freiherr von Heinke.

Nr. VI. 2619.

Nr. 119. Gebührenordnung nach Roggenwertung.

Kiel, den 6. September 1923.

Der Herr Regierungspräsident hat sich bereit erklärt, künftig auch Gebührenordnungen nach Roggenwertung zu genehmigen.

Es sind nunmehr also zulässig:

1. gleitende Gebührenordnungen mit Grundgebühr und einem Zuschlage, der den Ausgleichszuschlägen zum Pastorengehalt entspricht (vergleiche Rundverfügung vom 29. April d. J. — VI 995 —),

2. gleitende Gebührenordnungen, in denen die Höhe der Gebühr in einem Roggenwert festgesetzt ist.

Alle anderen Wertmesser sind bei der Festsetzung der Gebührenhöhe ausgeschlossen. Wo gleitende Gebührenordnungen in einer der beiden genannten Formen genehmigt worden sind, wird es im allgemeinen künftig keiner neuen Beschlüsse und Genehmigungen mehr bedürfen. Wir raten daher allen Gemeinden, in denen gleitende Gebührenordnungen noch nicht bestehen, solche zu beschließen und zur Genehmigung einzusenden. Die Beschlüsse haben stets die Zuschlagsnorm zu enthalten.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

In Vertretung:

Simonis.

Nr. VI. 2695.

Nr. 120. Gedenkfeier des 400 jährigen Bestehens des evangelischen Kirchenliedes.

Kiel, den 1. September 1923.

Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß hat beschlossen, bei Gelegenheit des dritten Deutschen Evangelischen Kirchentages am Sonntag, den 7. Oktober, eine Gedenkfeier anlässlich des 400 jährigen Bestehens des evangelischen Kirchenliedes in einer Kirche Bielefelds zu halten und anzuregen, daß an dem gleichen Sonntage in allen deutschen evangelischen Kirchengemeinden ebenfalls eine Gedenkfeier abgehalten wird. Der Gedanke, daß Kirchentag und Kirchengemeinden sich zu gemeinsamem Dank für die der evangelischen Christenheit besonders gewährte Gottesgabe zusammenschließen, erscheint uns so wertvoll, daß wir bereitwillig der Anregung Folge geben und hiermit anordnen, daß diese Gedenkfeier auch in allen Kirchengemeinden unserer Landeskirche stattfindet.

Der auf dem Gebiet der Liturgik besonders sachkundige Professor D. Smend in Münster hat auf Anregung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses für die Gedenkfeier Richtlinien aufgestellt, um die innere Verbindung von Kirchentag und Kirchengemeinden an diesem Tage kraftvoll in Erscheinung treten zu lassen. Wir fügen sie nebst den Grundsätzen, die bei der Ausarbeitung befolgt worden sind, als Sonderbeilage diesem Stück bei und ersuchen, sie nach Möglichkeit innezuhalten.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

In Vertretung:

D. Mordhorst.

L.K.A. 152.

Nr. 121. Weitere Abschlagszahlungen auf die Ruhestands- und Hinterbliebenenzuschüsse.

Kiel, den 15. September 1923.

Wir haben die Regierungshauptkasse bezw. die zuständigen Kreiskassen unter dem heutigen Tage angewiesen, für die Zeit vom 16. bis 30. September 1923 weitere Abschlagszahlungen in Höhe des 75fachen Monatsbetrages der 3. St. mit Wirkung vom 1. Juli 1923 ab angewiesenen Ruhestandszuschüsse (siehe Benachrichtigung vom 2. Juli 1923 — IV 1288 — Spalte 17) und Hinterbliebenenzuschüsse (siehe Benachrichtigung vom 27. Juni 1923 — IV 1289 — Spalte 7) mit größtmöglicher Beschleunigung zu leisten. — Für die zweite Hälfte des Monats September ist eine weitere Abschlagszahlung zu erwarten, die gegen Ende des Monats ausgezahlt werden wird.

Eine besondere Benachrichtigung der Ruhestandsgeistlichen und Witwen erfolgt nicht. — Die Herren Geistlichen werden gebeten, die in ihrem Bezirke wohnenden Emeriten und Witwen auf diese Bekanntmachung hinzuweisen.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

In Vertretung:

Simonis.

Nr. IV. 1856.

Nr. 122. Zinserträge kleiner Stiftungen.

Kiel, den 12. September 1923.

Die Erträge kleiner kirchlicher Stiftungen sind in den meisten Fällen durch die Geldentwertung so bedeutungslos geworden, daß sich deren Verteilung und Auszahlung nicht mehr lohnt.

Wir empfehlen den kirchlichen Körperschaften, die solche kleine Stiftungen zu verwalten haben, Verteilungen nicht mehr vorzunehmen und die Zinsen zum Kapital zu schlagen.

Überall, wo es nicht mehr möglich ist, diese kleinen Beträge zinstragend anzulegen, weil die Sparkassen ihre Verwaltung ablehnen und eine andere Art der Belegung des Kapitals nicht möglich ist, sind die Stiftungskapitalien bei der Kirchenkasse aufzubewahren.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

In Vertretung:

Simonis.

Nr. VI. 2731.

Nr. 123. Studienbeihilfen an evangelische Theologiestudierende.

Kiel, den 12. September 1923.

Wir beabsichtigen, die uns zum Besten bedürftiger Theologiestudierender zur Verfügung stehenden Mittel für das Wintersemester 1923/24 durch Verleihung von Stipendien zur Verteilung zu bringen.

Bewerbungsgesuche für dieses Semester sind uns bis zum 15. November d. Js. einzureichen. Berücksichtigt werden bei der Gewährung der Studienbeihilfe nur Schleswig-Holsteiner.

Dem Bewerbungsgesuch ist ein Bedürftigkeitsnachweis beizufügen und besonders anzugeben:

1. die genaue Anschrift (Ort, Straße, Hausnummer bezw. Konto), unter der die Benachrichtigung erfolgen soll,
2. Heimatsort,
3. Alter,
4. Semesterzahl,
5. studiert im Wintersemester 1923/24 (Straße, Hausnummer) wo?
6. Stand der Eltern,
7. Höhe der elterlichen und sonstigen Unterstützungen,
8. etwaige Stipendien,
9. Zahl der unversorgten Geschwister,
10. etwaige Kriegsdienstzeit.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

In Vertretung:

Simonis.

Nr. V. 799.

Nr. 124. Kirchensammlung für die Alsterdorfer Anstalten in Hamburg.

Riel, den 17. September 1923.

Mit Genehmigung des Landeskirchenausschusses und unter Zustimmung des Gesamtsynodalausschusses bestimmen wir hiermit, daß am Sonntag, den 14. Oktober 1923 (XX. nach Trinitatis) in allen Kirchen unseres Aufsichtsbezirks bei allen an diesem Tage stattfindenden Gottesdiensten eine einmalige allgemein verbindliche Kirchensammlung zum Besten der Alsterdorfer Anstalten in Hamburg abzuhalten ist.

Am 13. Oktober dieses Jahres blicken die Anstalten auf ein 60jähriges Bestehen als Anstalt für Schwach sinnige und Epileptische zurück. Begründet durch den 1899 verstorbenen Pastor D. Dr. Sengelmann, haben sie ihr Werk stets im Geiste der Inneren Mission nach der Losung 2. Kor. 5, 14: „Die Liebe Christi dringet uns also“ getrieben. Von Anfang an haben sie nicht nur den Hamburgern, sondern auch den Nachbarländern, in ganz besonderem Maße den Schleswig-Holsteinern ihre Tore geöffnet. Seit Jahrzehnten bilden die aus Schleswig-Holstein stammenden Zöglinge einen starken Prozentsatz der Gesamtzahl; gegenwärtig sind es bei einem Gesamtbestand von 800 reichlich 200. Die Alsterdorfer Anstalten sind die Hauptanstalt zur Unterbringung Schwach sinniger und Epileptischer für die Provinz Schleswig-Holstein.

Die wirtschaftliche Lage der Alsterdorfer Anstalten ist durch die Zeitverhältnisse eine sehr ungünstige geworden und hat insbesondere durch einen großen Brandschaden (Vernichtung einer

Scheune mit Vorräten und landwirtschaftlichen Maschinen im Werte von damals 20 Millionen Mark durch Feuer am 22. Dezember 1922) eine außerordentlich bedrohliche Verschärfung erfahren. Die Notwendigkeit einer großzügigen Unterstützung ist daher dringender als je, damit die Anstalten ihr segensreiches Werk in der bisherigen Weise fortführen können.

Wir ersuchen die Herren Geistlichen, die Sammlung nach besten Kräften zu fördern.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

D. Dr. Müller.

Nr. V. 859.

Nr. 125. Überweisung von Geldbeträgen.

Kiel, den 15. September 1923.

Zahlungen von Geldbeträgen auf die Konten der Konsistorialkasse bei der Landesbank in Kiel haben nur auf volle Tausend Mark zu lauten, wie auch die Konsistorialkasse ihrerseits nur noch Beträge auf volle Tausend Mark nach unten abgerundet zur Zahlung anweist.

Evangelisch-lutherisches Konsistorium.

In Vertretung:

Simonis.

Nr. I. 1694.

Nr. 126. Ermittlung des Reichseinkommensteuersolls für 1922.

Kiel, den 15. September 1923.

Zur endgültigen Festsetzung der von den Propsteisynodalkassen im Rechnungsjahr 1923 an die Gesamtsynodalkasse zu entrichtenden Beiträge bedarf es der Ermittlung des Sollbetrages an Reichseinkommensteuer, zu welchem die Kirchengemeindemitglieder des Propsteibezirks für das Steuerjahr 1922 veranlagt sind.

Hiernach ist für jede Kirchengemeinde nach der Veranlagung für das Steuerjahr 1922 die Höhe des Reichseinkommensteuersolls der Gesamtheit der Mitglieder der Kirchengemeinde festzustellen. Dabei sind die Vorschriften unserer Bekanntmachung vom 15. November 1922 — Kirchl. Ges. u. V.-Bl. S. 229 f. — sorgfältig zu beachten.

Der Einreichung einer Nachweisung, in der für die einzelnen Kirchengemeinden der Propstei (Superintendentur) der Sollbetrag der Reichseinkommensteuer für 1922 angegeben ist, sehen wir bis Ende November 1923 entgegen.

Die Herren Vorsitzenden der Kirchengemeinden wollen sich die sorgfältige und genaue Erledigung besonders angelegen sein lassen. Sie haben dem Synodalausschuß bei Einsendung der Steuerangaben ausdrücklich zu bescheinigen, daß die Vorschriften unserer Bekanntmachung vom 15. November 1922 unter Ziffer 1 und 2 und bezw. 3 beachtet sind.

Evangelisch-Lutherisches Konsistorium.

Nr. 1. 1697.

D. Dr. Müller.

P e r s o n a l i e n .

Berufen: am 30. August 1923 der Pastor Bendixen, bisher in Altengörs, zum Pastor in Schiffbet.

Präsentiert: für die Pfarrstelle in St. Michaelisdonn:

1. der Hilfsgeistliche P. Böhmke=Heiligenhafen,
2. " " P. Hemsen=Kendsburg,
3. " Pfarramtskandidat Hübner=Breklum;

als Ersatzmann:

der Pfarramtskandidat Bacholke=Breklum;

für die II. Pfarrstelle in Kappeln:

1. der Hilfsgeistliche P. Hemsen=Kendsburg,
2. " Pfarramtskandidat Jacobsen=Glückstadt,
3. " Provinzialvikar P. Dwenger=Preek;

als Ersatzmänner:

1. der Pfarramtskandidat Bacholke=Breklum,
2. " Provinzialvikar P. Stoldt=Bellworm.

E r l e d i g t e P f a r r s t e l l e .

Ahrensburg, Propstei Stormarn. Dienstinkommen nach den jeweiligen Grundsätzen für die Übergangsversorgung der Geistlichen. Ortsklasse B. Patronat präsentiert, Kirchengemeinde wählt. Bewerbungsgesuche bis zum 15. September ds. Jz. an das Patronat der Kirche zu Ahrensburg (Holst.).